

Gerhard Wettig

Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs: Welche Rolle spielte Stalin?

Stalins prinzipielle Einstellung zur Frage von Krieg und Frieden

1923 war das sowjetische Bemühen um Ausdehnung von Macht und System auf andere Länder gescheitert. Stalin ersetzte auf der 14. Parteikonferenz der Kommunistischen Allunions-Partei (VKP[b]) vom 27. bis 29. April 1925 Trockijs Konzept der »permanenten Revolution« durch das Bekenntnis zum »Sozialismus in einem Lande«. Damit gab er die Hoffnung auf, ein Revolutionsexport werde in naher Zukunft nicht nur die Gefahr der Liquidierung der UdSSR durch die – ihr weit überlegenen – auswärtigen Mächte beseitigen, sondern auch deren kapitalistisches Regime vernichten. Die Frage, wie der Sozialismus trotzdem durchzusetzen sei, beantwortete Stalin mit dem Rückgriff auf Lenin. Demnach erzeuge der Kapitalismus im aktuellen »imperialistischen« Stadium unter den Staaten zwangsläufig innere Konflikte. Diese »zwischenimperialistischen Widersprüche« hätten zum Ersten Weltkrieg und der daraus entstandenen sozialistischen Revolution in Russland geführt. Stalin erklärte, dieses Geschehen werde sich wiederholen. Die Gegensätze würden erneut heranreifen und ein weiteres Mal die imperialistischen Mächte in einen Weltkrieg treiben. Nachdem sie sich gegenseitig geschwächt und im Zuge der militärischen Anstrengungen das Proletariat ins Elend gestürzt hätten, werde dieses aufstehen und mithilfe der sowjetischen Klassenbrüder der Ursache der Not, dem Kapitalismus, ein Ende machen. Die Rote Armee, die in dieser Schlussphase zur Tat schreite, werde durch ihr Eingreifen den Sieg des Sozialismus gewährleisten.¹

Schon unter Lenin hatte sich die UdSSR Konflikte der Außenwelt zunutze gemacht. Das Bemühen um den Export der Revolution war aber gescheitert. Nur die Schritte auf dem Feld der herkömmlichen zwischenstaatlichen Beziehungen waren erfolgreich gewesen. Der junge Sowjetstaat durchbrach 1922 seine anfängliche Isolation durch den Vertrag von Rapallo mit dem ebenfalls isolierten Deutschland. Eine wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit begann, die sich auch fortsetzte, als es der Regierung in Berlin Mitte der Zwanzigerjahre gelang, im Westen Anschluss zu finden. Stalin wollte an der Verbindung mit den Deutschen auch dann noch festhalten, als Hitler an die Macht kam, die Kommunisten verfolgte, gegen die Sowjetunion Position bezog und keine Rücksicht auf ihre Interessen nahm. Das lange fortgesetzte Bemühen um Beibehaltung der Kooperation blieb jedoch ohne Erfolg. Dies wurde endgültig klar, als Deutschland

1 Iosif Vissarionovič Stalin: Sočinenija [Werke], Bd. 7, Moskau 1954, S. 11–14; ebd., Bd. 6, S. 72 f.; ebd., Bd. 10, S. 48–50, 249 f.

1934 einen Nichtangriffspakt mit Polen schloss und damit den revisionistischen Kurs gegenüber diesem Land aufgab, der bis dahin eine wichtige Gemeinsamkeit mit der UdSSR gebildet hatte. Stalin befürchtete zudem einen Schulterschluss beider Länder gegen die Sowjetunion und versuchte, sich durch eine Verständigung mit den Westmächten dagegen abzusichern. Trotzdem vermied er den offenen Bruch mit Hitlers Reich – die Tür dorthin wollte er offenhalten. Interne Stellungnahmen lassen die Hoffnung auf Wiederherstellung des früheren Verhältnisses und den Wunsch nach Fortsetzung der Kooperation mit dem Deutschen Reich erkennen.²

Noch vor seiner Entscheidung, sich dem Westen anzunähern, analysierte Stalin auf dem XVII. Parteitag der VKP(b) am 26. Januar 1934 die Lage unter grundsätzlichen Aspekten und definierte die generellen Kriterien für seine Politik. Die kapitalistische Welt befinde sich in einer Krise. Daher seien »die Beziehungen zwischen den Ländern aufs Äußerste zugespitzt«, der »Boden für krieglerische Zusammenstöße geschaffen und der Krieg als Mittel zur Neuaufteilung der Welt und der Einflussphären zugunsten der stärkeren Staaten auf die Tagesordnung gesetzt«. Man gehe »einem neuen imperialistischen Krieg entgegen, der als Ausweg aus der jetzigen Lage dienen soll«. Die Bourgeoisie wähle »den Weg des Krieges«, während »die Arbeiterklasse, die durch die vierjährige Krise und die Arbeitslosigkeit zur Verzweiflung gebracht ist, den Weg der Revolution« beschreite. Mithin reife »die revolutionäre Krise heran« und werde »weiter heranreifen«. Sie werde »umso schneller heranreifen, je mehr sich die Bourgeoisie in ihre Kriegskombinationen verstrickt«.³

Die beharrliche Zurückweisung Berlins nötigte Stalin, sich so eng wie möglich mit dem Westen zu verbinden. Am 2. Mai 1935 schloss er ein Bündnis mit Frankreich. Zwei Wochen später folgte ein Pakt mit der Tschechoslowakei (ČSR), der jedoch nur dann zum Beistand verpflichtete, wenn auch Paris militärische Hilfe leistete. Stalin rief auf dem VII. Weltkongress der Komintern vom 25. Juli bis 20. August 1935 die Kommunisten im Westen auf, zusammen mit den demokratischen Parteien eine »Volksfront« gegen den gemeinsamen faschistischen Feind zu bilden.⁴ Mit diesen Schritten wollte er sich nicht dauerhaft festlegen und ließ daher Molotov eine Alternativoption ausarbeiten, denn er ging davon aus, Hitler betreibe eine aggressive Politik. Dieser werde früher oder

2 Siehe Bianka Pietrow: Stalin-Regime und Außenpolitik in den dreißiger Jahren. Eine Zwischenbilanz des Forschungsstandes, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, N. F. 33 (1985), H. 4, S. 495–517, hier S. 507–509; Geoffrey Roberts: *The Soviet Union and the Origins of the Second World War, 1933–1941*, London 1995, S. 147; S. Z. Sluč: *Germansko-sovetskie otnošenija. Motivy i posledstvija* [Die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Motive und Folgen], in: *Slavjanovedenie* (1995), H. 6, S. 82–109; Stefan Creuzberger: *Stalin. Machtpolitiker und Ideologe*, Stuttgart 2009, S. 224–228.

3 Stalin: *Sočinenija* (Anm. 1), Bd. 13, S. 291–306. Siehe auch Zitat und Darstellung bei Bianka Pietrow: *Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das »Dritte Reich« in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933–1941*, Melsungen 1983, S. 92–95.

4 Siehe Creuzberger: *Stalin* (Anm. 2), S. 227–229; *Istorija Kommunističeskogo Internacionala 1919–1943. Dokumentalnye očerki* [Die Geschichte der Kommunistischen Internationale. Umrisse in Dokumenten], hg. von der Russischen Akademie der Wissenschaften und vom Institut für Allgemeine Geschichte, Moskau 2002, S. 67–71.

später die UdSSR benötigen, die dann für ihre Bereitschaft zur Unterstützung einen hohen Preis verlangen könne. Deshalb gingen der deutschen Seite wiederholt Hinweise zu, man wäre zur Zusammenarbeit bereit.⁵

Die UdSSR in der Sudetenkrise 1938

Als Hitler drei Jahre später Front gegen die ČSR machte, hatte sich das Kräfteverhältnis entscheidend verändert. Während die bewaffnete Macht Deutschlands außerordentlich gewachsen war, hatte die Stärke der Roten Armee aufgrund der Liquidierung fast aller höheren Kommandeure einen Tiefstand erreicht und damit die Fähigkeit eingebüßt, einer aktiven Außenpolitik Rückhalt zu bieten. Stalin war sich dessen bewusst und ließ es daher nicht auf einen Krieg ankommen, verbarg dies jedoch hinter markigen Versicherungen, zum bewaffneten Einsatz für die ČSR bereit zu sein. Vor der Verlegenheit, ernstlich mit dieser Frage konfrontiert zu werden, schützte die Klausel des Bündnisvertrags, welche die UdSSR nur dann zum Eingreifen verpflichtete, wenn auch Frankreich Hilfe leiste – ein Engagement, das man im Kreml für äußerst unwahrscheinlich hielt. Überdies hing der sowjetische Beistand von der Überquerung polnischen und/oder rumänischen Territoriums ab. Die Aufforderung an die Westmächte, dafür Genehmigungen in Warschau und Bukarest zu erwirken, ließ keinen Erfolg erwarten. Polen stand der UdSSR, die sich das Land 1920 mit militärischer Gewalt hatte einverleiben wollen, feindlich gegenüber, hatte 1934 mit Hitler einen Nichtangriffsvertrag geschlossen und erhob Anspruch auf das überwiegend von Polen bewohnte Teschener Gebiet der ČSR. Die rumänische Ablehnung war vor allem darauf zurückzuführen, dass Bessarabien, das früher Teil des Russischen Reiches gewesen war, nach sowjetischer Ansicht von Rechts wegen wieder dorthin gehörte.

In Moskau war man zwar daran interessiert, dass die ČSR nicht in Hitlers Hände fiel und so dessen expandierende Macht nicht verstärkte, wollte sich aber unbedingt aus einem Krieg heraushalten. Deshalb entzog sich der Kreml den Aufforderungen aus Prag und Paris zu Gesprächen darüber, wie die Bündnispflichten militärisch zu konkretisieren seien. Bei der diplomatischen Erörterung der politischen Fragen blockierte die UdSSR die Übereinkunft mit der Forderung, ihre Truppen müssten, weil es keine gemeinsame Grenze mit der ČSR gebe, Zugang zu den dazwischen liegenden Gebieten haben, auch wenn die dortigen Regierungen dem nicht zustimmten. Als Länder, die das betreffe, nannte die sowjetische Seite nicht nur Polen und Rumänien, sondern auch die abseits gelegenen baltischen Staaten.⁶ Frankreich und Großbritannien, so hieß es weiter, müss-

5 Ebd., S. 105–126; M. I. Semirjaga: Sovetskij Sojuz i predvoennyj krizis [Die Sowjetunion und die Vorkriegskrise], in: Voprosy istorii (1990), H. 9, S. 51.

6 Siehe Jonathan Haslam: The Soviet Union and the Struggle for Collective Security in Europe, 1933–1939, London 1984, S. 162–183; Igor Lukes: Czechoslovakia between Stalin and Hitler. The Diplomacy of Edvard Beneš in the 1930s, New York/London 1996, S. 177–190; Keith Neilson: Britain, Soviet Russia and the Collapse of the Versailles Order, 1919–1939, New York 2006, S. 212–253.

ten eine feste Haltung gegenüber Hitler einnehmen, denn nur die Bildung einer starken Gegenfront könne seine Aggressivität zügeln.⁷

Die Erkenntnis, nicht die zur Beteiligung an einer bewaffneten Auseinandersetzung nötige Stärke zu besitzen, schloss nicht aus, dass sich Stalin von einem Krieg Vorteile versprach, die über die Verhinderung des Machtzuwachses hinausgingen, die Hitler von einem Sieg erwarten konnte. Wenn sich nämlich die »zwischenimperialistischen Widersprüche« zum militärischen Kampf unter den kapitalistischen Staaten zuspitzten, mochte eine revolutionäre Lage entstehen, auch wenn die UdSSR vorerst nicht eingreifen konnte. Daher erscheinen die – nur teilweise sicher belegten – Berichte glaubwürdig, denen zufolge die sowjetische Seite die Genossen in der ČSR dazu aufforderte, einen Kompromiss ihrer Regierung mit Hitler zu verhindern, und ihnen dabei in Aussicht stellte, dass es zu einer heftigen Entladung der bestehenden Spannungen komme, die eine kommunistische Offensive in Europa ermöglichen würde. Sie sollten daher im Kampf gegen den faschistischen Aggressor die zu erwartende wirtschaftliche und politische Krise zur Mobilisierung der Massen nutzen und auf diese Weise in ihrem Land die Beseitigung des Kapitalismus vorantreiben.⁸

Die für sowjetische Militärs bestimmte Zeitschrift *Voennaja mysl'* argumentierte ähnlich. Den Briten und Franzosen wurde Untätigkeit vorgeworfen, was die Hilfe für die ČSR betraf. Sie hätten Angst, sich gegen Hitler zu wenden, weil ein Krieg zu Aktionen der arbeitenden Massen führe mit der Folge, dass die herrschenden Klassen zur Kapitulation genötigt würden. Die Revolutionen, die der imperialistische Krieg von 1914 bis 1918 in einigen europäischen Ländern hervorgebracht habe, seien den bürgerlichen Führern in London und Paris noch frisch im Gedächtnis. Deshalb wolle der britische Premierminister Chamberlain den Krieg vermeiden. Österreich und die ČSR seien der Preis, den er für den Status quo der bürgerlichen Herrschaft in der Welt zu zahlen bereit sei. Der Ausgang der Krise lasse sich noch nicht genau vorhersehen, doch würden die Franzosen und Briten mit ihrem Verhalten die sozialistischen Revolutionen herbeiführen, die sie so sehr scheuten. Sie würden irgendwann erkennen, dass ihre Politik die Selbstzerstörung zur Folge habe, und sich um die Hilfe der UdSSR als »mächtigste[r] Friedensmacht«

7 Sergej Slutsch: Die Sowjetunion und die Sudetenkrise. Aspekte einer Appeasement-Politik, in: Jürgen Zarusky/Martin Zückert (Hg.): Das Münchener Abkommen in europäischer Perspektive, München 2013, S. 179–210, hier S. 179–209; Vít Smetana: Die Tschechoslowakei und ihre Verbündeten in der Krise des September 1938. Wie man sich gegenseitig sah und missverstand, in: ebd., S. 97–116, hier S. 108–114; Hugh Ragsdale: The Soviets, the Munich Crisis, and the Coming of World War II, Cambridge 2004, S. 111–126, 180–182. Der Auffassung, Stalin sei zu militärischem Eingreifen nicht imstande gewesen und habe sich daher passiv verhalten, widersprechen Haslam: The Soviet Union and the Struggle for Collective Security (Anm. 6), S. 183–194 sowie Lukes: Czechoslovakia between Stalin and Hitler (Anm. 6), S. 197. Slutsch hat die – nur lückenhaft zugänglichen – sowjetischen Quellen am umfassendsten untersucht und legt überzeugend dar, dass der Kremlherrscher von vornherein nicht die Absicht hatte, sich an dem bevorstehenden Krieg zu beteiligen.

8 Siehe Semirjaga: Sovetskij Sojuz i predvoennyj krizis (Anm. 5), S. 198 f. Die Echtheit des Berichts über einen Geheimbesuch von Andrej Ždanov in Prag und dabei gemachte Ausführungen, auf den sich Semirjaga und Lukes in dem Band Czechoslovakia between Stalin and Hitler (Anm. 6), S. 198–201, teilweise stützen, wird angezweifelt von Smetana, in: Die Tschechoslowakei und ihre Verbündeten (Anm. 7), S. 108 f.

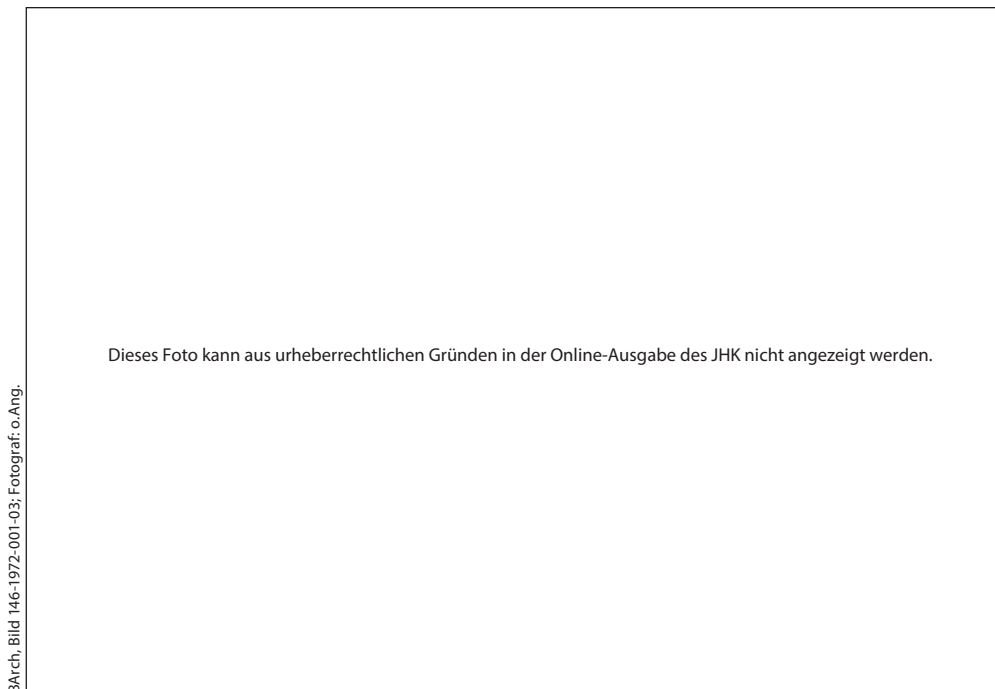
bemühen. Sie stünden dann vor der Wahl, entweder ein politisches Bündnis mit ihr zu schließen, um Druck auf das Hitlerreich zur Erzielung einer für sie vorteilhaften Übereinkunft auszuüben, oder immerfort nachgeben zu müssen, was die Forderungen des deutschen Führers erhöhen würde. In beiden Fällen werde es zum Krieg kommen, der als Kampf gegen den Nationalsozialismus beginne und mit einer Serie kommunistischer Revolutionen ende.⁹

Frankreich war zu militärischer Hilfe für die verbündete ČSR nur dann bereit, wenn sich der britische Partner beteiligte. Daher hatte dessen Haltung zentrale Bedeutung. In London hatte man aber viel Verständnis für das Verlangen der deutschen Minderheit in der ČSR nach nationaler Selbstbestimmung, nachdem sie 1919 gegen ihren ausdrücklichen Willen von den Siegern im Ersten Weltkrieg dem tschechoslowakischen Nationalstaat einverleibt worden war. Es wurde verkannt, dass es Hitler nicht um nationale Ziele, sondern um imperialistische Expansion durch Unterwerfung der gesamten ČSR ging. Die aggressive Aktivität Berlins rief zwar Ablehnung hervor, änderte aber die grundlegende Einschätzung nicht. Die Kriegsscheu der westlichen Öffentlichkeit bestärkte ebenso wie das Urteil der französischen Militärs, man könne die ČSR im Kriegsfall nicht retten, den Willen in London und Paris, sich um ein friedliches Einvernehmen mit der deutschen Seite zu bemühen. Nachdem man die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands und den »Anschluss« Österreichs widerstandslos hingenommen hatte und vom NS-Regime mit forcierter Aufrüstung und dem Bau des Westwalls konfrontiert worden war, erschien es – zumal angesichts der defensiven Ausrichtung der französischen Armee und der feindlichen Haltung Polens gegenüber der ČSR – als das Beste, Hitler entgegenzukommen und im Zusammenwirken mit ihm die Neuordnung Europas vermeintlich langfristig zu sichern.¹⁰

Die britische Regierung ließ die zahlreichen – für die deutschen Informanten mit höchstem Risiko verbundenen – Mitteilungen darüber außer Betracht, dass in Berlin maßgebliche Militärs sowie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt den Krieg verhindern wollten. Sie beschworen die Politiker in London, Entschlossenheit zur Abwehr der Aggression zu bekunden, um Hitler klarzumachen, er könne sich einen Angriff auf die ČSR nicht leisten. Auch als sich die Regierungsgegner zum Widerstand und zum Sturz des deutschen Diktators bereit zeigten, ging die britische Seite nicht darauf ein. Sie wollte kein Kriegsrisiko um einer Sache willen herbeiführen, die unsicher erschien, fühlte sich zudem an die üblichen Regeln des zwischenstaatlichen Umgangs gebunden und war der Ansicht, dass Patrioten sich prinzipiell mit ihrem Land zu identifizieren hätten. Sie verstand nicht, dass die traditionellen Wertmaßstäbe keine geeignete Richtschnur für die Auseinandersetzung mit Hitler waren. Die Kriegsgegner an der Spitze der Wehrmacht wurden von wichtigen Truppenkommandeuren und dem Polizeipräsidenten von Berlin

9 Semirjaga: *Sovetskij Sojuz i predvoennyj krizis* (Anm. 5), S. 199 f.

10 Siehe Georges-Henri Soutou: Die Westmächte und die Septemberkrise unter besonderer Berücksichtigung Frankreichs, in: Zarusky/Zückert: *Das Münchener Abkommen* (Anm. 7), S. 159–178, hier S. 160–174; Zdenko Maršálek: Aus dem Blickwinkel einer Schießscharte oder aus der Perspektive der »großen« Strategie betrachtet? Ein polemischer Blick auf die Problematik der militärischen Verteidigung der Tschechoslowakei im September 1938, in: ebd., S. 117–144, hier S. 142 f.



München, 29./30. September 1938: Gespräch auf der Münchener Konferenz zwischen Joachim Ribbentrop, Neville Chamberlain, Adolf Hitler u. a. (v. l. n. r.).

unterstützt und wollten losschlagen, sobald der Befehl zum Kampf erfolge. Als sie darauf warteten, ließen die Westmächte jedoch die ČSR fallen und einigten sich mit Hitler.¹¹

Aus dessen Sicht war es ein Entgegenkommen, dass er auf das militärische Vorgehen und die Unterwerfung der gesamten ČSR verzichtete. Weil er nicht zugleich gegen Feinde im Westen kämpfen wollte, begnügte er sich zunächst mit der Annexion des Sudetenlandes. Der Umstand, dass er sich dazu genötigt gesehen hatte einzulenken, blieb der Öffentlichkeit verborgen. Er stand als der strahlende Sieger da, der sich wieder einmal gegen alle Widerstände durchgesetzt hatte. Mit seinem – wie es schien – herausragenden Geschick hatte er die Warner Lügen gestraft und Zeit gewonnen, um sich auf die nächste Aggression vorzubereiten, der dann keine Hemmnisse mehr entgegenstehen würden. Die letzte Chance zur Verhinderung des Krieges war vertan. Währenddessen glaubte Chamberlain, durch das Eingehen auf ein national begründetes Verlangen »den Frieden in

11 Siehe Jürgen Zarusky: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus und das Münchener Abkommen, in: Zarusky/Zückert: Das Münchener Abkommen (Anm. 7), S. 217–248, hier S. 231–242; Christian Hartmann: Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, 2. erw. Aufl. Paderborn 2010, S. 99–116; Gerhard Ritter: Lebendige Vergangenheit, München 1958, S. 197–202; Helmut Krausnick: »Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler«, in: Die Vollmacht des Gewissens, hg. von der Europäischen Publikation e. V., München 1956, S. 302–389.

unserer Zeit« gerettet und damit den Grundstein für eine dauerhafte Neuordnung Europas gelegt zu haben.

Das Münchener Abkommen vom 29. September 1938, dem sich Präsident Beneš entgegen dem Votum seiner Militärs widerstandslos fügte, verbesserte die Voraussetzungen für Hitlers weitere Expansionspläne erheblich. Die ČSR verlor, als sie das Sudetenland abtrat, damit zugleich ihre geografischen Verteidigungspositionen und war fortan dem totalen Zugriff ausgeliefert. Sie fiel nun nicht nur als Machtfaktor aus, sondern war auch mit ihrer hoch entwickelten Rüstungsindustrie von entscheidender Bedeutung, die das NS-Regime für seine Zwecke ausnutzte. Schon bald, am 25. Oktober 1938, ließ Hitler Vorbereitungen für einen weiteren Krieg, diesmal gegen die Westmächte, einleiten. In Anbetracht der Tatsache, dass es dazu großer Anstrengungen bedurfte, rechnete er mit einer Reihe von Jahren bis zur Verwirklichung des Vorhabens. Nach seinen Überlegungen sollte Polen ihm den Rücken für den Westfeldzug freihalten und benötigte Lieferungen gewährleisten. Schon bei den ersten Gesprächen zeigte sich allerdings, dass man in Warschau wenig Neigung hatte, die vorgesehene Rolle des abhängigen Juniorpartners zu übernehmen.¹²

Sowjetische Suche nach Neuorientierung

Stalin war aufgebracht, weil die Westmächte nicht bereit gewesen waren, für die ČSR zu kämpfen. Durch ihr Zurückweichen hatte sich das Kräfteverhältnis in Europa zu Hitlers Gunsten verändert, der Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten war nicht ausgebrochen, und die UdSSR war international isoliert. Das schrieb er der Angst der Westmächte vor der Revolution zu. Von ihnen versprach er sich nichts mehr und suchte den »antifaschistischen« Kurs durch den Schulterchluss mit Hitler zu ersetzen. Wenn er diesen ermutigte, konnte er am ehesten auf einen militärischen Konflikt zwischen den auswärtigen Mächten hoffen.¹³ Bislang war jedoch auf deutscher Seite keine Neigung zum Zusammengehen zu erkennen. Trotzdem hielt Stalin an seinem Konzept fest. Zwei Tage nach dem Münchener Abkommen erklärte er intern, die Bolschewiki müssten den »Unterschied« »zwischen unterschiedlichen Kriegen« erkennen und »unter bestimmten Bedingungen« mit dem Angriff beginnen. Lenin habe »direkt gesagt, dass das Proletariat, wenn es in einem Land die Macht ergriffen und den sozialistischen Staat organisiert hat, durch die Macht der Umstände gezwungen sein wird, einen Feldzug gegen die ande-

12 Siehe Sergej Slutsch: Wofür brauchte Hitler einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion? Einige Aspekte des Problems, in: Die Tragödie Europas: Von der Krise des Jahres 1939 bis zum Angriff auf die UdSSR, hg. im Auftrag der Gemeinsamen Kommission [für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen] von Horst Möller und Aleksandr Čubar'jan, München 2013, S. 45–56, hier S. 47; Aleksandr Čubar'jan: Die außenpolitische Strategie der sowjetischen Führung in den Jahren 1939–1941, in: ebd., S. 9–17, hier S. 10 f.; Marie-Luise Recker: Der Hitler-Stalin-Pakt aus deutscher Sicht, in: ebd., S. 35–44, hier S. 37 f.

13 Dazu näher Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive (Anm. 2), S. 59–61.

ren zurückgebliebenen, reaktionären kapitalistischen Staaten zu unternehmen, um dem Proletariat dieser Staaten zu helfen, sich von der Bourgeoisie zu befreien.«¹⁴

Zunächst aber ging es darum, die Gefahr zu bannen, die mit der internationalen Isolation entstanden war. Dabei ließ Stalin Skepsis gegenüber den Briten und Franzosen erkennen, deren Kurs das Regierungsorgan *Izvestija* sarkastisch »Friedenspolitik« nannte. Um die Bedrohung zu verschleiern, die durch die westliche Abkehr vom Widerstand gegen Hitler entstanden war, hieß es in Moskau öffentlich, das nächste Aggressionsoffer werde Polen sein – also nicht das eigene Land, wie man intern befürchtete, sondern der Staat, der bislang mit dem Deutschen Reich kooperierte und eine antisowjetische Haltung einnahm.

Als Hitler von den Briten und Franzosen die Rückgabe der Kolonien forderte, war man im Kreml erleichtert und erklärte der Öffentlichkeit, jetzt beginne eine neue, gegen den Westen gerichtete Phase der Aggression. Der Faschismus sei zwar voller Hass gegen die Sowjetunion, wende sich aber jetzt gegen kapitalistische Länder. Diese stünden vor der Frage, ob sie fatalistisch ihr Schicksal erwarten oder sich doch noch zur Abwehr aufraffen wollten. Im letzteren Fall benötigten sie Moskauer Hilfe, durften also die UdSSR nicht länger ignorieren. Als das in London und Paris keinen Eindruck machte, deutete der Kreml an, er könne sich auch mit Berlin in Verbindung setzen.¹⁵

Zwar lotete Stalin mehrere Optionen aus, gab aber der Kooperation mit Deutschland den Vorzug und ließ in Berlin sondieren, ob man sich nicht verständigen könne. Dahinter stand die Hoffnung, Hitler lasse sich zur Wendung gegen Polen bewegen. Deshalb lockte er mit »Freundschaft«, die »mit Blut besiegelt« werden solle, verzichtete einseitig auf jede Polemik und bemühte sich um Verhandlungen. Das Motiv war – außer der Frustration über die westliche Politik – das Kalkül, dass sich Hitler mit einem Angriff auf Polen von sowjetischer Mitwirkung abhängig machen würde.¹⁶

Am 10. März 1939 wandte sich Stalin auf dem XVIII. Parteitag der VKP(b) unverkennbar gegen die Westmächte. Sie hätten die »Politik der kollektiven Sicherheit« aufgegeben und wollten Deutschland zum Krieg gegen die Sowjetunion anstacheln. Ihre Politik, die Dinge sich selbst zu überlassen, nannte er ein »gefährliches Spiel«. Sie waren auch gemeint, als er vor »Kriegsprovokateuren« warnte, »die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen«. Ihnen dürfe man nicht erlauben, »unser Land in Konflikte hineinzuziehen«. Dagegen blieb die deutsche Seite von Kritik verschont. Das Angebot »geschäftsmäßiger« Beziehungen an alle Staaten war faktisch an sie gerichtet.¹⁷ Molotov, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare und Stalins außen-

14 I. V. Stalin o »kratkom kurse istorii VKP(b)«. Stenogramma vystuplenija na soveščanii propagandistov Moskvy i Leningrada [1 oktjabrja] 1938 g. [I. V. Stalin über den »Kurzen Lehrgang der Geschichte der Allrussischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki)«. Stenogramm der Stellungnahme auf der Konferenz der Propagandisten von Moskau und Leningrad 1938], in: Istoričeskij archiv (1994), H. 5, S. 13.

15 Haslam: The Soviet Union and the Struggle (Anm. 6), S. 195–203.

16 Siehe Sluč: Sovetsko-germanskije otnošenija (Anm. 2), S. 109–112.

17 God krizisa, 1938–1939. Dokumenty i materialy [Das Krisenjahr 1938/39], Bd. 1, Moskau 1990, S. 258–264.

politischer Berater, fasste die »Möglichkeit anderer, nichtfeindlicher, gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR« ins Auge.¹⁸

Westliches Bemühen um Zusammenarbeit gegen Hitler

Kurz danach kam ohne Stalins Zutun eine Entwicklung in Gang, welche die internationale Szene grundlegend veränderte. Am 15. März 1939 ließ Hitler seine Truppen in die »Rest-Tschechei« einmarschieren. Die sowjetische Führung war nicht überrascht.¹⁹ In London und Paris sah man bestürzt, dass man bislang von falschen Voraussetzungen ausgegangen war: Hitler verfolgte nicht nationale Interessen, sondern imperialistische Machtziele. Chamberlain antwortete am 31. März mit einer Garantie-Erklärung für Polen als mutmaßlich nächstem Aggressionsoffer. Vor allem nach französischer Einschätzung war ein bedrohlicher deutscher Machtzuwachs eingetreten, der Gegenschritte erforderte. Im Einvernehmen mit den Briten beschloss die Regierung, einen Gegenblock zu bilden, beschleunigt aufzurüsten und außer Polen auch noch Rumänien und Griechenland Garantien zu geben für den Fall, dass sie von Deutschland angegriffen würden.²⁰ Etwa gleichzeitig sah sich Hitler durch die Weigerung Polens, die Rolle des von Deutschland abhängigen Juniorpartners zu spielen, daran gehindert, das Vorhaben des Krieges gegen die Westmächte weiter zu verfolgen. Er kündigte am 28. April den Nichtangriffsvertrag mit Warschau. Intern erläuterte er, die ablehnende Haltung der Polen gegenüber der angebotenen Zusammenarbeit lasse keine andere Wahl, als sie »bei erster passender Gelegenheit« anzugreifen.²¹

Anders als die Westmächte erwartet hatten, ließ sich Hitler durch die Garantie für Polen nicht abschrecken. Er wandte sich vielmehr gegen das Land, das dadurch geschützt werden sollte. Dadurch gerieten sie in eine missliche Lage. Mit der Schutzzusage hatten die Westmächte die Konfliktkontrolle aus der Hand gegeben, denn sie waren nun zur unbedingten Verteidigung Polens verpflichtet, wie immer es sich verhalten würde, und mussten so für die Konsequenzen einer Politik einstehen, die sie nicht bestimmten. Zudem standen sie wie im Vorjahr vor dem Problem, wie sie dem bedrohten Land, das von ihnen durch deutsches Gebiet getrennt war, wirksam beistehen könnten. Dazu bedurfte es sowjetischer Mithilfe. Andernfalls konnten die Westmächte nur versuchen, Polen durch energische Angriffe von Frankreich zu entlasten, und hoffen, dass diese zum Sieg führten, ehe der polnische Widerstand erlahmte. Aber eine solche Offensive kam wegen der Ausrichtung der französischen Armee auf Defensivoperationen kaum in Betracht. Demnach konnten sie das Land nur dann vor der deutschen Eroberung schützen, wenn sie Stalin dazu bewegen konnten, ebenfalls für dessen Unabhängigkeit und

18 Ingeborg Fleischhauer: Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie, Berlin/Frankfurt a. M. 1990, S. 96.

19 Siehe Haslam: The Soviet Union and the Struggle (Anm. 6), S. 205 f.

20 Siehe Georges-Henri Soutou: Die Politik Frankreichs am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, in: Die Tragödie Europas (Anm. 12), S. 68–78, hier S. 69–73.

21 Slutsch: Wofür brauchte Hitler einen Nichtangriffspakt (Anm. 12), S. 47–49.

Integrität einzutreten. Von ihm, dem Feind Polens, hing es also ab, ob das militärische Engagement der Westmächte dem bedrohten Land im Kriegsfall wirklich half oder nur der eigenen Glaubwürdigkeit diene, indem die gegebene Zusage eingehalten wurde.

Frankreich war zwar mit der UdSSR verbündet, traute ihr aber nach den Erfahrungen der Volksfront-Zeit nicht. Zugleich war man allgemein der Ansicht, die UdSSR sei nach der physischen Ausschaltung fast der gesamten militärischen Führung durch Stalin kaum mehr zur Führung eines Krieges in der Lage. Daher wurde von Anfang an nicht erwartet, dass die UdSSR Deutschland von Osten her angreifen könnte. Wichtig schien nur, dass sie sich der politischen Abwehrfront anschloss oder zumindest ihre Neutralität zusicherte.²² Diesbezüglich war man in London und Paris recht zuversichtlich, weil man den Gegensatz zwischen der UdSSR und Nazi-Deutschland für unveränderlich hielt. Demnach musste Stalin daran interessiert sein, Polen vor einer Eroberung zu schützen. Die jahrhundertealte russisch-polnische Feindschaft und die Umsturzabsichten des Kremls blieben dabei außer Betracht. In Warschau freilich war man sich dessen sehr wohl bewusst. Man fürchtete die Rote Armee und wollte sie auf keinen Fall ins Land lassen. Das westliche Bemühen um sowjetische Hilfe stieß auf heftige Ablehnung. Zugleich fehlte es an Überlegungen, wie man der bedrängten Lage zwischen Hitlers Reich und der UdSSR entgegen könnte. Man verließ sich darauf, dass die sowjetischen Streitkräfte schwach seien und dass die eigene Militärmacht die Stellungen gegen die Wehrmacht wenigstens so lange halten könne, bis diese an der Westfront in Not gerate. Ganz anders lauteten die Einschätzungen in Berlin und Moskau. Beide Seiten gingen von einem raschen Zusammenbruch der polnischen Verteidigung aus.

Im Einvernehmen mit London, nicht aber mit Warschau und Bukarest sprach die französische Seite in Moskau unter Hinweis auf die Konsultationsklauseln im Bündnisvertrag von 1935 die Frage der möglichen Unterstützung für Polen und Rumänien an, falls diese in einen Krieg mit Deutschland gerieten. Nach britischer Ansicht sollte die UdSSR auch für die baltischen Staaten und Finnland eintreten. Die sowjetische Antwort war der Vorschlag eines fünf- oder zehnjährigen Drei-Mächte-Pakts mit fester Verpflichtung zu gegenseitigem Beistand und mit entsprechenden militärischen Vereinbarungen. Zugleich wurde eine gemeinsame Garantie für den Schutz aller Länder von Finnland bis zum Schwarzen Meer vor deutscher Aggression verlangt. Ihnen sei auf jede Weise Hilfe zu gewähren; die Entscheidung über deren Art und Umfang würde der sie jeweils unterstützenden Seite – unausgesprochen also der regional präsenten UdSSR – überlassen sein. Stalin rechnete nicht mit der Annahme des Vorschlags. Ihm ging es um ein Alibi, denn er wollte sich nicht auf den »Kampf gegen den Faschismus« festlegen.²³ Seine Präferenz für die Verständigung mit Hitler zeigte sich, als er am 3. Mai Außenkommissar Litvinov,

22 Siehe Soutou: Die Politik Frankreichs (Anm. 20), S. 69 f., 74 f.

23 Ebd., S. 73 f.; Semirjaga: Sovetskij Sojuz i predvoennyj krizis (Anm. 5), S. 52; Geoffrey Swain: Stalin's Wartime Vision of the Postwar World, in: *Diplomacy and Statecraft* 7 (März 1996), H. 1, S. 77 f.; Sluč: Sovetsko-germanskie otnošenija (Anm. 2), S. 110; Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive (Anm. 2), S. 64; Antonj's Zunda: Zur Problematik der Garantien für die baltischen Staaten bei den Moskauer Drei-Mächte-Verhandlungen im Frühjahr/Sommer 1939, in: *Die Tragödie Europas* (Anm. 12), S. 95–103, hier S. 96 f.

der mit den Westmächten kooperiert hatte, durch Molotov, den Exponenten der »deutschen Linie«, ersetzte.

Nach dem sowjetischen Vorschlag sollten die Westmächte nicht nur gegebenenfalls der UdSSR gegen Deutschland Beistand leisten, sondern von vornherein auch jedes Vorgehen des Kremls gegenüber den osteuropäischen Staaten akzeptieren. Beides kam für Paris und London nicht in Betracht. Auf Stalins Geheiß hielt Molotov aber uneingeschränkt an dem Verlangen fest. Als die westliche Seite trotzdem weiterverhandelte, kam es zu ausgedehnten Auseinandersetzungen. Strittig waren vor allem die sowjetischen Forderungen nach Durchmarschrechten ohne Zustimmung des betreffenden Landes, nach einem davon ebenfalls unabhängigen Charakter der Garantien und nach deren Geltung auch für den Fall einer »indirekten Aggression« Deutschlands. Was darunter zu verstehen sei, ließ Molotov offen. Aus den folgenden Erörterungen ergab sich der Eindruck, dass damit alle aus Moskauer Sicht unerwünschten innenpolitischen Veränderungen gemeint waren. Auch wollte sich Moskau bei seinem Vorgehen weder an die Normen des Völkerbunds binden noch den Vollzug der Garantien für die baltischen Staaten auf irgendeine Weise mit den Westmächten abstimmen. Insgesamt ging es offenbar darum, die UdSSR in Osteuropa zu Eingriffen nach freiem Ermessen zu ermächtigen. Damit waren die Verhandlungspartner nicht einverstanden.²⁴

Ihre Ablehnung quittierte Molotov mit dem Vorwurf, sie wollten nur endlos reden und seien an konkreten Ergebnissen nicht interessiert. Zugleich vermied er jede Kritik an Deutschland und erklärte, diesem stehe die Tür jederzeit offen.²⁵ Er machte nirgendwo Abstriche und sorgte mit weiteren Forderungen für zusätzliche Schwierigkeiten, etwa mit dem Verlangen nach Verzicht auf die Option eines separaten Waffenstillstands oder Friedens. Die Westmächte hielten den Abschluss eines Bündnisses mit der UdSSR trotzdem für das geringere Übel im Vergleich zu der Gefahr, die von Hitler ausging, und waren daher nach langem Hin und Her zu Zugeständnissen bereit. So erkannten sie das sowjetische Interesse an den baltischen Staaten an, obwohl sich dort das Durchmarschproblem nicht stellte, und erklärten sich damit einverstanden, dass militärische Aktionen auch gegen den Willen des betroffenen Landes durchgeführt würden. Molotov bemängelte daraufhin, dass sie den Fall einer indirekten Aggression nicht berücksichtigten. Das dafür angeführte Beispiel einer Kabinettsumbildung führte zu der Antwort, von einer Aggression könne nur die Rede sein, wenn dieser Kurswechsel mittels Gewalt erfolge. Der Kreml lehnte diese Einschränkung ab und verlangte, die Frage der Garantien für die Länder der Zwischenzone müsse unbedingt geregelt werden.²⁶

Diese Streitpunkte waren nicht das einzige Problem, das der Übereinkunft im Wege stand. Die sowjetische Seite machte den Bündnisvertrag auch vom Abschluss einer ins

24 Siehe ebd., S. 97; Soutou: Die Politik Frankreichs (Anm. 20), S. 74; Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive (Anm. 2), S. 64 f.; Anthony Read/David Fisher: The Deadly Embrace. Hitler, Stalin, and the Nazi-Soviet Pact 1939–1941, London 1988, S. 92–94.

25 Ebd., S. 93 f.

26 Ebd., S. 94–133; M. I. Semirjaga: Tajny stalinskoj diplomatii 1939–1941 [Die Geheimnisse der Diplomatie Stalins], Moskau 1992, S. 16–18; Čubar'jan: Die außenpolitische Strategie (Anm. 12), S. 11; Zunda: Zur Problematik der Garantien (Anm. 23), S. 97–102.

Einzelne gehenden Militärkonvention abhängig. Das Aushandeln von deren Details benötigte Zeit und machte damit ein baldiges Ergebnis illusorisch. Als die Westmächte schließlich darauf eingingen, aber nicht die gewünschten hochrangigen Unterhändler nach Moskau schickten, wurde ihnen fehlende Ernsthaftigkeit vorgeworfen. In den anschließenden Verhandlungen, die parallel zur Einleitung der Übereinkunft mit den Deutschen stattfanden, forderte die UdSSR unter anderem das Recht zur Besetzung der baltischen Häfen und Inseln im Kriegsfall.²⁷ Als der Abschluss des Pakts mit Hitler endgültig feststand, beendete der Kreml die Gespräche abrupt: Verteidigungskommissar Kliment Worosilov erhielt während einer Zusammenkunft mit den westlichen Militärs einen Zettel mit dem Hinweis: »Klim! Koba [Deckname für Stalin] sagt, du sollst mit diesem Quatsch Schluss machen!« Daraufhin schloss er sofort die Sitzung.²⁸ Nach dem Urteil von Aleksandr Čubar'jan waren die Bemühungen der Westmächte von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn die Sowjetunion war kaum zu Vereinbarungen bereit, die mögliche Operationen gegen Deutschland konkret vorsahen, mit dem sie schon vor dem Pakt aktive wirtschaftliche und kommerzielle Kontakte hatte. Das »Eiltempo«, das dann die Verhandlungen mit Hitler bestimmte, lässt erkennen, wie anders Stalin sein Interesse in diesem Fall beurteilte, das ihn weit gespannte Ziele ohne militärischen Einsatz erreichen ließ.²⁹

Der Weg zum Hitler-Stalin-Pakt

Stalin war schon im April darüber informiert, dass Hitler die Polenfrage militärisch lösen wollte. Das hatte ihn darin bestärkt, sich von den Westmächten keinesfalls in einen Krieg gegen Deutschland hineinziehen zu lassen. Der sowjetische Geschäftsträger in Berlin sagte am 17. Mai einem leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes, es gebe wechselseitig keine Gegensätze, also auch keine Gegnerschaft. Da sich aber die UdSSR von Deutschland bedroht fühle, sei es Sache der Reichsregierung, ihr dieses Gefühl zu nehmen. Am 20. Mai erklärte Molotov dem deutschen Botschafter in Moskau, man solle doch darüber nachdenken, wie sich der Erfolg der – bislang unentschlossen geführten – Gespräche über wirtschaftliche Fragen durch eine politische Grundlage gewährleisten lasse. Mehr als zwei Monate lang kam aus Berlin keine Antwort.³⁰

Im Kreml war bekannt, dass die deutschen Militärs nach der Erfahrung der Niederlage im Ersten Weltkrieg keinesfalls einen Zwei-Fronten-Krieg riskieren wollten.³¹ Folg-

27 Siehe ebd., S. 102 f.

28 Michael Voslensky: Der Hitler-Stalin-Pakt: Auf dem Weg zum Kriegsbündnis, in: Gerhard Bisovsky/Hans Schafranek/Robert Streibel (Hg.): Der Hitler-Stalin-Pakt, Wien 1990, S. 47–51, hier S. 48 f.

29 Siehe Čubar'jan: Die außenpolitische Strategie (Anm. 12), S. 11.

30 Siehe Semirjaga: Tajny (Anm. 26), S. 18 f.; Sluč: Sovetsko-germanskije otnošenija (Anm. 2), S. 113; Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive (Anm. 2), S. 67.

31 Siehe Robert Gellately: Stalin's Curse. Battling for Communism in War and Cold War, Oxford/GB 2013, S. 47 (unter Hinweis auf ein Dokument des Moskauer Außenministeriums mit der Signatur AVPRF, fond 06, opis' 1, papka 8, delo 77, Bl. 4).

lich musste sich Hitler darüber klar sein, dass er in einem Krieg gegen Polen die Zusage der UdSSR brauchte, nicht gegen ihn zu kämpfen. Nur dann würde die Wehrmacht nach dem erwarteten raschen Sieg über Polen sich nur noch an einer Front, im Westen, zu engagieren haben. Auch benötigte er wegen der schmalen Rohstoff- und Lebensmittelbasis seines Reiches Importe aus dem Ausland. Wenn die Briten erst einmal eine Seeblockade verhängt hätten, kam vor allem die Sowjetunion als Lieferant in Betracht. Für Stalin bot die Zusammenarbeit mit Hitler nicht nur die Möglichkeit, Herrschaft und System auf andere Länder auszudehnen, sondern ließ auch den Ausbruch eines Krieges zwischen den kapitalistischen Mächten erwarten, welcher der Revolution in Europa insgesamt zum Sieg verhelfen sollte. Die UdSSR würde zunächst Zuschauer sein und zuletzt mit ihrem Gewicht die Entscheidung herbeiführen.³²

Erst Ende Juli 1939 zeigte man in Berlin Interesse an Verhandlungen mit der UdSSR. Molotov reagierte sofort positiv. Stalin rechnete damit, dass Hitler – anders als die westlichen Regierungen – ihm in Osteuropa, vor allem im Baltikum, freie Hand lassen würde.³³ Er ließ diesen am 12. August darüber unterrichten, er sei zur Diskussion nicht nur wirtschaftlicher Fragen, sondern auch des Polenproblems und früherer politischer Verträge bereit. Hitler bekundete rasch Interesse an einer ernstlichen Verbesserung der Beziehungen und schickte Außenminister Joachim von Ribbentrop zu Verhandlungen nach Moskau. Dieser warnte nach seiner Ankunft die UdSSR vor einem Militärbündnis mit dem Westen, das sie in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen würde. Diese Gefahr lasse sich durch Verständigung mit Berlin abwenden. Über alle territorialen Fragen zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee könne man sich ohne Mühe einigen. Das entsprach Stalins Wünschen: Sicherheit vor deutscher Aggression, Neutralität im kommenden Krieg und die Möglichkeit zur Expansion nach Osteuropa. Molotov stimmte dem Abschluss eines derartigen Nichtangriffsvertrags zu.³⁴

Der am 16. August unterbreitete deutsche Entwurf, der 25 Jahre lang unkündbare Verpflichtungen vorsah, fand sofort grundsätzliche Billigung. Das Einvernehmen wurde am 19. August durch ein Wirtschaftsabkommen über kriegswichtige Rohstofflieferungen an Deutschland und die Gewährung von Krediten an die UdSSR bekräftigt. Im Regierungsorgan *Izvestija* war die Rede vom »Wendepunkt« im beiderseitigen Verhältnis. Der politische Vertrag solle bald folgen.³⁵ Noch am gleichen Tag legte Molotov den im Kreml vorbereiteten Entwurf des Nichtangriffspakts vor, der Hitlers Wünschen voll entsprach: uneingeschränkte sowjetische Neutralität, die den Deutschen das Vorgehen gegen Polen gestatten würde, und eine Definition des Nichtangriffs, die den wechselsei-

32 Siehe Fritz Keller: Die Achse Hitler-Stalin, in: Bisovsky/Schafranek/Streibel: Der Hitler-Stalin-Pakt (Anm. 28), S. 25–27; Sergej Slutsch: Warum brauchte Hitler einen Nichtangriffspakt mit Stalin?, in: ebd., S. 69–87, hier S. 60–62; Voslensky: Der Hitler-Stalin-Pakt (Anm. 28), S. 47–49.

33 Siehe Semirjaga: Tajny (Anm. 26), S. 19 f.

34 Siehe Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive (Anm. 2), S. 70; Gellately: Stalin's Curse (Anm. 31), S. 47.

35 Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive (Anm. 2), S. 70 f.; Sluč: Sovetsko-germanskie otnošenija (Anm. 2), S. 114 f. Zur Bedeutung der materiellen Unterstützung der deutschen Kriegsmaschinerie durch die UdSSR siehe Slutsch: Warum brauchte Hitler (Anm. 32), S. 62–64.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

BArch, Bild 183-552480, Fotograf: o. Ang.

Moskau, 28. September 1939: Der deutsche Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop während der Unterzeichnung des Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages. Links von ihm der sowjetische Botschafter in Berlin Schkarszew, dahinter Stalin sowie der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Molotov.

tigen Handel gewährleistete und jedes Zusammenwirken mit anderen Staaten gegen den Vertragspartner ausschloss. Dieser Pakt sollte nur in Kraft treten, wenn zugleich ein gesondertes Protokoll zu außenpolitischen Fragen – gemeint waren Regelungen in Bezug auf die Länder der Zwischenzone – unterzeichnet würde.³⁶

Hitler hatte den 1. September als Angriffstermin ins Auge gefasst. Deswegen ging man im Kreml auf den deutschen Wunsch ein, die abschließenden Verhandlungen schon etwas früher als zunächst geplant, am 23. August, zu führen und am Abend zu beenden. Wegen einer territorialen Nachforderung Stalins, die eine Rückfrage bei Hitler in Berlin nötig machte, wurde der Nichtangriffsvertrag erst am frühen Morgen des nächsten Tages unterzeichnet, doch blieb der 23. August das amtliche Datum. Im beigegefügt Geheimen Zusatzprotokoll wurden der UdSSR Lettland, Estland und Finnland sowie das rumänische Bessarabien als Interessensphären zugesprochen, während Deutschland Litauen einschließlich der bislang zu Polen gehörenden Stadt Wilna erhalten sollte. Zugleich verein-

36 Inesis Feldmanis: Das Münchener Abkommen und der Molotov-Ribbentrop-Pakt, in: Die Tragödie Europas (Anm. 12), S. 57–67, hier S. 60 f.

barte man eine Teilung Polens entlang der Flüsse Narew, Weichsel und San.³⁷ Der am 28. September nach dem Sieg der Wehrmacht über Polen und der Besetzung seiner Ostgebiete durch die Rote Armee abgeschlossene Grenz- und Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich bestimmte davon abweichend, dass die deutsche Seite das polnische Kerngebiet bis zum Fluss Bug in Besitz nahm und die Sowjetunion Litauen mit Ausnahme eines kleinen, Ostpreußen angegliederten Teils erhielt.³⁸

Der Hitler-Stalin-Pakt schockierte die Kommunisten im Ausland. Sie waren auf den »Kampf gegen den Faschismus« eingeschworen und hatten ihn – aus ideologischem Motiv und angesichts der Verfolgung der Genossen durch das NS-Regime – mit voller Überzeugung geführt. Jetzt aber stand die UdSSR im Bund mit dem Erzfeind und trat bei der Beurteilung der internationalen Lage für ihn gegen die Westmächte ein.³⁹ Das führte zu einer schweren Vertrauenskrise; Stalin erschien vielen als Verräter an der sozialistischen Sache. Es bedurfte einer längeren Zeit, bis es dem Kreml gelang, die auswärtigen Parteien auf seine Linie zu bringen.⁴⁰

Wie Stalin seine Motive für den Pakt mit Hitler intern erklärte

Nach einem Bericht, dessen Authentizität zweifelhaft ist, dessen Inhalt aber mit allen folgenden Stellungnahmen voll übereinstimmt,⁴¹ legte Stalin seine Beweggründe erstmals auf einer Sitzung des Politbüros am 19. August 1939 dar. Demnach war die Frage

37 Siehe Faksimile der Texte (deutsche Fassung) bei Jan Lipinsky: Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999, Frankfurt a. M. 2004, S. 632–641.

38 Siehe ebd., S. 642–657.

39 Zum Beispiel schickte die Komintern bei Beginn des Angriffs auf Polen sofort ein Telegramm an den französischen KP-Chef Thorez mit einer detaillierten Anweisung, wie sich seine Partei in diesem Sinne zu äußern habe. Siehe Notiz Dimitrovs, 1. September 1939, in: Bernhard H. Bayerlein (Hg.): Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943, Berlin 2000, S. 272.

40 Siehe Darstellung und Dokumente in: Bernhard A. Bayerlein/Mikhaïl Narinski/Brigitte Studer/Serge Wolikow (Hg.): Moskau – Paris – Berlin 1939–1941. Télégrammes chiffrés du Komintern [Moskau – Paris – Berlin 1939–1941. Chiffrierte Komintern-Telegramme], Paris 2003, S. 45–190.

41 Der Text wurde von der französischen Nachrichtenagentur Havas am 28. November 1939 ohne Angaben über dessen Herkunft veröffentlicht. Ein hieb- und stichfestes Urteil, ob Stalin die Stellungnahme abgegeben hat, ist wegen des fehlenden Archivzugangs nicht möglich. Die von T. Bušueva publizierte russische Fassung (in: *Novyj mir* (1994), H. 12, S. 232 f.) stammt zwar aus einem Moskauer Archiv (Signatur: Centr chranenija istoriko-dokumental'nych kollekcij, byvsij Oso-byj archiv SSSR, fond 7, opis' 1, delo 1223), doch legt die wörtliche Übereinstimmung mit dem Havas-Text die Annahme nahe, dass es sich um dessen Übersetzung aus dem Französischen handelt. Sie könnte aber auch ein Auszug aus dem Protokoll der Politbürositzung sein, der von informierter Seite, etwa einem über Stalins Vorgehen empörten ausländischen Komintern-Kader, weitergegeben worden ist. Robert Gellately hält das für sehr wahrscheinlich: *Stalin's Curse* (Anm. 31), S. 47, 404 (Fn. 9). Laure Castin-Chaparro ist nach ausgiebigen Recherchen in Moskau der Ansicht, dass der Bericht zumindest inhaltlich zutrifft: *Puissance de l'URSS, misères de l'Allemagne. Staline et la question allemande, 1941–1955* [Macht der UdSSR, Nöte Deutschlands. Stalin und die deutsche Frage 1941–1955], Paris 2002, S. 40 (Fn. 14). Für Sergej Slutsch dagegen ist der Bericht eine Fäl-

von »Krieg oder Frieden in ein kritisches Stadium getreten« und hing vollständig »von der Haltung der Sowjetunion« ab. Schließe man stattdessen einen »Bündnisvertrag mit Frankreich und England«, wäre »Deutschland genötigt, vor Polen zurückzuweichen und mit den Westmächten einen modus vivendi zu suchen«. Dann könnte »der Krieg vermieden werden«, doch »die spätere Entwicklung der Dinge« würde für die UdSSR »einen gefährlichen Charakter annehmen«. Der »Nichtangriffspakt mit Deutschland« dagegen veranlasse es mit Gewissheit zum Angriff auf Polen und führe den Kriegseintritt Frankreichs und Englands herbei. Dann habe man gute »Aussichten, abseits des Konflikts zu bleiben«, und könne abwarten. Nach diesem Bericht, der zwar nicht sicher zu belegen ist, aber angesichts seines mit allen Informationen übereinstimmenden Inhalts plausibel erscheint, hielt es Stalin für vorteilhaft, dass Polen am Boden liegen werde, ehe ihm die Westmächte zu Hilfe kommen könnten. Zudem überlasse Deutschland der UdSSR einen Teil Polens, räume ihr im Baltikum volle Handlungsfreiheit ein, sei mit der »Rückkehr Bessarabiens nach Russland« einverstanden und stimme zu, dass Rumänien, Bulgarien und Ungarn sowjetische Einflusszonen würden.⁴²

Völlig unstrittig ist die Authentizität der Ausführungen, die Stalin am 7. September 1939 im Beisein von Molotov und Ždanov vor leitenden Komintern-Funktionären machte. Der begonnene Krieg, so erklärte er, werde »zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt«. Auf sowjetischer Seite habe man »nichts dagegen, dass sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen«. Es wäre »[n]icht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte«. »[O]hne es zu verstehen und zu wollen«, zerrütte und untergrabe Hitler das kapitalistische System. Die UdSSR könne »manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen«. Stalin legte weiterhin dar, wie sich die »Kommunisten der kapitalistischen Länder« zu verhalten hätten. »Bis zum Krieg« sei es »völlig richtig« gewesen, »dem Faschismus das demokratische Regime [im Westen] entgegenzusetzen.« Das sei aber »[w]ährend des Krieges zwischen den imperialistischen Mächten« inzwischen »nicht mehr richtig«. Nachdem früher die »Einheitsvolksfront« (in westlichen Ländern) dazu gedient habe, »die Lage der Sklaven im kapitalistischen Regime zu erleichtern«, stelle sich »[u]nter den Bedingungen des imperialistischen Krieges« nunmehr »die Frage nach der Vernichtung der Sklaverei«. Stalin begründete ebenfalls sein Vorhaben, Polen zu beseitigen und zu teilen. Dieses Land sei heute »ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet«. Seine Vernichtung »würde einen bourgeoisen faschistischen Staat weniger bedeuten«. Und was sei denn »Schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschla-

schung: Stalins »Kriegsszenario 1939«: Eine Rede, die es nie gab, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2004), H. 4, S. 597–635. Ihm widersprechen mit großem Nachdruck Viktor Dorošenko, Irina Pavlova und Richard Raack: Ne mif: reč' Stalin 19 avgusta 1939 goda [Kein Mythos: Die Rede Stalins am 19. August 1939], in: Voprosy istorii (2005), H. 8, S. 3–11.

42 Wiedergabe des Havas-Berichts (damals in Moskau archivierter Text), in: ebd., S. 15 f. (frz. Original), 13–15 (dt. Übersetzung).

gung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen«.⁴³

Auf Befehl Stalins formulierte das Exekutivkomitee der Komintern eine Instruktion an die kommunistischen Parteien im Ausland. Darin hieß es zwar, dass der derzeitige Krieg »ein imperialistischer, ungerechter Krieg« sei, »an dem die Bourgeoisie aller kriegsführenden Staaten gleich schuldig« sei, und dass dieser Krieg daher nirgends unterstützt werden dürfe. Faktisch jedoch kam diese Stellungnahme Hitler zugute, denn nur in den westlichen Ländern konnten die Kommunisten politisch agieren, und so beeinflusste ihre Kriegsgegnerschaft nur dort die innenpolitische Situation. Den Kommunisten im Westen wurde zudem erklärt, ihre Staaten kämpften »nicht gegen den Faschismus«, wie »Chamberlain und die Führer der Sozialdemokratie behaupten«. Die UdSSR habe gegen den Kurs des Münchener Abkommens Position bezogen, um »eine wirkliche antifaschistische Front mit Teilnahme der Sowjetunion« zu schaffen, »aber die Bourgeoisie Englands und Frankreichs« habe »die Sowjetunion zurückgestoßen, um einen räuberischen Krieg zu führen«. Weiter hieß es, die »internationale Arbeiterklasse« könne »in keinem Fall das faschistische Polen verteidigen, das die Hilfe der Sowjetunion zurückgewiesen hat und die anderen Nationalitäten unterdrückt«. Die »Kommunistischen Parteien, besonders Frankreichs, Englands, Belgiens und der Vereinigten Staaten Amerikas«, müssten daher, so das abschließende Fazit, »sofort ihre politische Linie korrigieren«.⁴⁴

Am 30. Dezember 1939 wurde auf einer Komintern-Sitzung die neue Linie bekräftigt und als Richtlinie für die Kommunisten im Ausland präzisiert. Nach den Aufzeichnungen des ungarischen Delegierten Zoltán Schönherz hieß es, die »Zeit der Defensive« sei jetzt »vorbei«; das Proletariat übernehme »wieder die Rolle des Angreifers«. Auch die UdSSR habe »sich aus ihrer abwartenden Haltung erhoben«, und es gebe »Kriege in Polen und in Finnland«. Das zeige, »dass eine neue revolutionäre Krise bevorsteht«. Die kapitalistischen Staaten hätten zwar »stets einen gemeinsamen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion« gewollt, doch sei dies dadurch verhindert worden, dass »die Gegensätze zwischen den Kapitalisten inzwischen größer« seien als dieses Interesse. Der Krieg zwischen ihnen sei »nichts anderes als ein Selbstmord der imperialistischen Staaten«. Während »die sogenannten demokratischen Staaten« zu Instrumenten der Repression greifen müssten und damit so wie ihre Kriegsgegner reaktionär geworden seien, habe die UdSSR enorm an politischer Stärke gewonnen. »Aus einer aus Osteuropa verdrängten Macht« sei eine »mitteleuropäische Macht« geworden, mit der die kapitalistischen Staaten rechnen müssten und die sich »zu einer revolutionären Kraft in der Masse der kapitalistischen Staaten« entwickelt habe.

43 Notiz Dimitrovs, 7. September 1939, in: Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher (Anm. 39), S. 273 f. Russischer Originatext bei F. I. Firsov: Archivy Kominterna i vnešnjaja politika SSSR v 1939–1941 gg. [Die Archive der Komintern und die Außenpolitik der UdSSR 1939–1941], in: Novaja i novejšaja istorija (1992), H. 6, S. 13. Aus dieser Zeit sind weiterhin Äußerungen Stalins bekannt geworden, denen zufolge er in der Roten Armee ein Instrument nicht nur der Verteidigung, sondern auch der Revolution sah, siehe Gellately: Stalin's Curse (Anm. 31), S. 47, 405 (Fn. 10).

44 Notiz Dimitrovs, 8. September 1939, in: Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher (Anm. 39), S. 274 f.

Gemäß den beigefügten Weisungen galt es, »die Friedenswünsche der Massen in Richtung des Kampfes gegen den Kapitalismus umzulenken«. Die Kommunisten sollten die Möglichkeit nutzen, nach dem Vorbild Lenins, der auf diese Weise den Sowjetstaat geschaffen hatte, den Krieg zwischen den Imperialisten »in bestimmten Staaten zu einem Bürgerkrieg« werden zu lassen, »dessen Ziel im Sturz des Kapitalismus besteht«. Der »[a]ls Folge der Genialität Stalins« ausgebrochene englisch-deutsche Krieg werde zur »Schwächung beider Länder führen«. Dann könne »die Sowjetunion über beide einen leichten Sieg erringen«. Bis dahin hielt man weder eine »Übereinkunft zwischen Deutschland und England« noch »Hitlers Sieg« für wahrscheinlich. Am ehesten werde England Deutschland besiegen, es zerstückeln und ihm »eine englandfreundliche Regierung« geben, die zum gemeinsamen Krieg gegen die UdSSR bereit wäre. Um das zu verhindern, müsse das Proletariat in Deutschland sowohl gegen »Hitler und die NS-Regierung« als auch gegen deren Gegner im Lande kämpfen, um das Regime zu stürzen und keine neue Macht entstehen zu lassen.⁴⁵

Fazit

Stalin war zutiefst davon überzeugt, dass sich die UdSSR und die kapitalistischen Staaten grundsätzlich in unausweichlicher Feindschaft gegenüberstanden. Als Hort des Sozialismus, der die innere Ordnung der anderen Länder infrage stellte, hatte die Sowjetunion keine wahren Bundesgenossen. Sie war zwar zum Zusammengehen mit anderen Mächten bereit und schloss sogar Bündnisverträge, wenn die Umstände dies zweckmäßig erscheinen ließen, doch lag dem nie die Vorstellung einer echten Interessengemeinschaft zugrunde. Stets handelte es sich um taktische Schritte, die sowohl das eigene Überleben in der so gesehenen Welt übermächtiger Feinde als auch langfristig den geschichtlich vorherbestimmten Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus gewährleisten sollten. Deshalb wurde dieser zugleich sowohl defensive als auch offensive Zweck maßgebend für jede außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die damit den Charakter eines letztlich gegen das Interesse der anderen Seite gerichteten Ausnutzungsverhältnisses annahm.

Stalin wollte 1938/39 die anderen Mächte zum Krieg gegeneinander ermuntern und zugleich den eigenen Staat heraushalten, um so die Voraussetzungen für eine spätere offensive Eroberungspolitik zu schaffen. Als Ansatzpunkt betrachtete er seit jeher den Gegensatz zwischen den Siegern des Ersten Weltkriegs und dem besiegten Deutschen Reich, das die Friedensbedingungen als ungerecht ansah. Die dadurch geschaffene revisionistische Neigung führte zu wechselseitiger Konfrontation, als Hitler zu aggressiver Expansion überging. Die Absicht dazu hatte er schon früh angedeutet, was Stalin darin

⁴⁵ Aus dem Ungarischen übersetzter Text bei Krisztián Ungváry: Die Weisungen der Komintern nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt an die kommunistischen Parteien am 30. Dezember 1939 – die bisher unbekannten Aufzeichnungen von Zoltán Schönherz, in: Ulrich Mähler u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010, Berlin 2010, S. 267–274, hier S. 270–274.

bestärkt haben dürfte, der Zusammenarbeit mit Deutschland grundsätzlich den Vorzug zu geben. Der Umstand, dass die Nazis – anders als die Demokraten im Westen – die Kommunisten verfolgten, war für ihn kein Hinderungsgrund. Trotzdem hielt Hitler an seiner feindlichen Haltung gegenüber der UdSSR fest und paktierte mit Polen, das bis dahin der gemeinsame Gegner gewesen war. Daher blieb Stalin vorerst keine andere Möglichkeit, als sich dem Westen zuzuwenden.

Durch die Weigerung der Westmächte 1938, gegen Hitler in den Krieg zu ziehen, und die damit verbundene Konsequenz, die ČSR preiszugeben, wurde Stalin dazu gedrängt, sich trotz aller Vorbehalte erneut um ein Zusammengehen mit Deutschland zu bemühen. Davon rückte er nicht ab, als man in London und Paris gegen Hitlers Gewaltpolitik Position bezog und deswegen sogar zum Krieg bereit war. Die Aggressionslust des deutschen Führers bot bessere Möglichkeiten sowohl für das sowjetische Streben nach Expansion als auch für die kriegерische Entfaltung der »zwischenimperialistischen Widersprüche«, von der sich Stalin eine Erschütterung des kapitalistischen Systems und den Aufstand der proletarischen Massen versprach. Auch die Tatsache, dass Polen für die Russen der Erbfeind und seit Lenin für die Bolschewiki das Tor nach Europa war, das man in die Hand bekommen wollte, machte den westlichen Versuch von vornherein aussichtslos, die UdSSR zum Engagement für dieses Land zu bewegen. Hitler sah sich nur dann zum Angriff auf Polen in der Lage, wenn der Kreml militärisch stillhielt und wirtschaftliche Hilfe anbot. Wie Stalin zu Recht annahm, war Hitler ohne alle Ängste und Skrupel bereit, dafür einen hohen Preis zu zahlen. Das begründete die Interessengemeinschaft gegenüber den Westmächten, die in dem Pakt vom 23. August 1939 ihren Ausdruck fand und den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nach sich zog.

